

Niederschrift

über die 34. Sitzung des Rates am 11.04.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes	5
2 Einwohnerfragestunde	5
3 Vereinbarung über die Aufgabenübertragung im Bereich der Adoptionsvermittlung Vorlage: FB2/0897/2019	5
4 Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/0900/2019	6
5 Begrenzung von Eingangsklassen gem. § 46 Abs. 3 Schulgesetz (SchulG) NRW Vorlage: FB3/0884/2019	6
6 Änderung des Schulnamens vom Grundschulverbund Wienenweg in Meerbusch- Osterath Vorlage: FB3/0927/2019	7
7 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 239, Meerbusch-Büderich, "Moerser Straße / Kanzlei / Blumenstraße" 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB 2. Beschluss der öffentlichen Entwurfsauslegung gem. § 3 (2) BauGB Vorlage: FB4/0906/2019	8
8 Bebauungsplan Nr. 309, Meerbusch-Langst-Kierst, "Schützenstraße / Langster Straße" 1. Änderung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §13a BauGB 2. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB Vorlage: FB4/0907/2019	9
9 Einführung einer Baumschutzsatzung Vorlage: SB11/0915/2019	9
10 Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2016 Vorlage: RPA/0904/2019	10
11 Errichtung einer Feuer- und Rettungswache; hier: Planungsbeschluss Vorlage: SIM/0917/2019	11
12 Stellungnahme zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt von Staatszuweisungen der Stadt Meerbusch im Jahr 2018 Vorlage: FB3/0310/2019	12

13	Investive Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO bzw. gleichlautend § 22 KomHVO von Haushaltsjahr 2018 nach 2019 Vorlage: SFI/0312/2019	12
14	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2018 und Nachtrag für 2017 Vorlage: SFI/0313/2019.....	12
15	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0926/2019.....	12
16	Aufstellung der Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin Vorlage: BM/0311/2019	13
17	Anträge.....	13
17.1	Antrag auf Ausschussumbesetzung CDU Vorlage: BM/0256/2019	13
17.2	Antrag auf Ausschussumbesetzung FDP Vorlage: BM/0257/2019	14
18	Anfragen	14
19	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	14
19.1	Resolution zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen nach § 8 KAG NRW.....	14
19.2	Nördlicher Konverter des Ultranet; Auswirkungen des Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus.....	15
19.3	Reduzierung von Fluglärm durch lärminderndes Abflugverfahren.....	15
19.4	Terminliche Verlegung der gemeinsamen Sitzung von Ha-Fa und APL.....	15
19.5	Eisenbahnunterführung -Bahnhof Osterath	16
20	Termin der nächsten Sitzung: 27. Juni 2019	16
21	Verschiedenes	16
21.1	Werbung der SWK.....	16

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr

Ende der Sitzung: 19:14 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Frau Marlies Homuth-Kenkliès	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Frau Renate Kox	Ratsmitglied
Herr Dieter Lerch	Ratsmitglied
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied
Herr Uwe Wehrspohn	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Michael Billen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdellmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied
Frau Katja Schulz	Ratsmitglied
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Frau Rita Henning	Ratsmitglied
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt
Herr Michael Gorgs	Pressereferat
Herr Patrick Wirtz	Referent der Bürgermeisterin

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste
-------------------	---------------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Daniel Meffert	Ratsmitglied
---------------------	--------------

Zu Beginn der Sitzung erheben sich die Ratsmitglieder im Gedenken der verstorbenen Ratsfrau Helga Herrmanns von ihren Plätzen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass TOP 8 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt wird, da der Punkt einer weiteren Beratung im Ausschuss für Planung und Liegenschaften bedarf. Unter dem Tagesordnungspunkt 17.2 könne der Antrag der FDP-Fraktion auf Ausschussumbesetzung behandelt werden. Des Weiteren schlägt sie vor, im nichtöffentlichen Teil die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Verfahren der Bestellung eines neuen Geschäftsführers der Stadtwerke zu behandeln.

Zudem verweist sie auf den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 4. April 2019 zur Fassung einer Resolution zum Erhalt der Stichwahl bei der Bürgermeisterwahl sowie der Wahlbezirkseinteilung. Hierzu erklärt sie, dass unabhängig von der Frage, ob die Dringlichkeit gegeben sei, eine Resolution ins Leere laufe, da der Landtag die Änderung des Kommunalwahlgesetzes heute beschlossen habe. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes zieht den Antrag daher zurück.

Öffentliche Sitzung

1 Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verpflichtet Rats Herrn Markus Frank, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Einwohner zu erfüllen.

2 Einwohnerfragestunde

Einwohner 1 lobt die Gestaltung und Einbindung der A 44 in die niederrheinische Landschaft und die Deichgestaltung, kritisiert aber die am Brückenübergang entstehenden Geräusche durch den Autoverkehr. Er verweist auf neue technische Lösungen und übergibt ein entsprechendes Papier. Der Techn. Beigeordnete sagt zu, die Unterlagen an die zuständige Bundesautobahnverwaltung weiterzuleiten, mit der Bitte die entsprechende Lösung zu prüfen und ggf. umzusetzen.

Zwei Schülerinnen des Städt. Meerbusch-Gymnasium fragen nach, wie es sein kann, dass die CDU-Fraktion der zur Abstimmung vorliegenden Baumschutzsatzung nicht zustimmen wolle und bitten um eine Stellungnahme der Fraktion. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde von der Bürgermeisterin und nicht von einzelnen Ratsmitgliedern beantwortet werden könnten. Unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt würde der Fraktionsvorsitzende die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion sicherlich erklären.

3 Vereinbarung über die Aufgabenübertragung im Bereich der Adoptionsvermittlung Vorlage: FB2/0897/2019

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Aufgabenübertragung im Bereich der Adoptionsvermittlung an die Stadt Neuss zum 01.01.2020 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Schoppe berichtet von den Beratungen im Jugendhilfeausschuss.

4 Satzung der Stadt Meerbusch über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege
Vorlage: FB2/0900/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch, beschließt die als Anhang beigefügte V. Änderungssatzung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege (Anlage 1).

Die laufenden Geldleistungen werden – dem Beschluss des HWFA vom 06.12.2018 folgend – mit Wirkung vom 01.01.2019 rückwirkend wie folgt festgesetzt und in der Folgezeit jährlich unter Bezugnahme auf den Durchschnitt der Geldleistungsbeträge in den umliegenden Vergleichskommunen um 1,5% erhöht:

- für Tagespflegepersonen, die Kinder in ihrem Haushalt oder in angemieteten Räumen betreuen auf 3,81 € (Stufe 1 – Grundqualifikation) und 4,99 € (Stufe 2 – Aufbauqualifikation)
- für Tagespflegepersonen, die Kinder im Haushalt der Personensorgeberechtigten betreuen sowie für eine Betreuung im Rahmen der Verwandtenpflege auf 2,39 € (Stufe 1) und 3,43 € (Stufe 2)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Berthold berichtet von den Vorberatungen im Ausschuss für Schule und Sport.

5 Begrenzung von Eingangsklassen gem. § 46 Abs. 3 Schulgesetz (SchulG) NRW
Vorlage: FB3/0884/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Begrenzung der Eingangsklassen mit gemeinsamem Lernen auf 25 Schüler ab dem Schuljahr 2019/20 gem. § 46 Abs. 3 SchulG NRW an der Städtischen Pastor-Jacobs-Schule. Die Begrenzung gilt analog zur Städtischen Adam-Riese-Schule, Städtischen Brüder-Grimm-Schule und der Städtischen Martinus-Schule.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Berthold berichtet von den Beratungen im Ausschuss für Schule und Sport.

6 Änderung des Schulnamens vom Grundschulverbund Wienenweg in Meerbusch-Osterath
Vorlage: FB3/0927/2019

Beschluss:

Mit Wirkung vom 1. August 2019 erhält der Grundschulverbund Städtische Gemeinschaftsgrundschule mit kath. Teilstandort, Primarstufe, Wienenweg 38, 40670 Meerbusch folgende neue Bezeichnung:

Nikolaus-Schule
Städtische Gemeinschaftsgrundschule
Wienenweg 38
40670 Meerbusch

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22		
SPD			10
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke / Piraten			2
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	39		12

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Berthold berichtet von den Beratungen im Ausschuss für Schule und Sport. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklärt, dass die SPD-Fraktion sich sowohl im Ausschuss für Schule und Sport als auch heute enthalten werde, dass es hier nur darum ginge einen Beschluss der Schulgremien durchzuwinken ohne bei der Namensfindung mitgewirkt zu haben.

- 7 **1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 239, Meerbusch-Büderich, "Moerser Straße / Kanzlei / Blumenstraße"**
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB
2. Beschluss der öffentlichen Entwurfsauslegung gem. § 3 (2) BauGB
Vorlage: FB4/0906/2019



1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §§ 1 (8) und 13a BauGB

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) in Verbindung mit §§ 1 (8) und 13a Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634),

die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 239, Meerbusch-Büderich, „Moerser Straße / Blumenstraße / Kanzlei“ aufzustellen, die vorrangig folgendes Planungsziel zur Grundlage haben soll:

- Entwicklung von Wohnbauflächen im Sinne der Nachverdichtung

Das Plangebiet wird im Norden durch die Flurstücke 52, 33, 346 und Teile des Flurstücks 291, im Osten durch die Straße „Kanzlei“ und das Flurstück 377, im Süden durch die Flurstücke 46, 134, 319, 321 und 285 begrenzt sowie im Westen durch den Schackumer Bach.

Maßgebend ist der in der 1. Änderung des Plans Nr. 239 dargestellte Geltungsbereich gemäß § 9 (7) BauGB, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 239, Meerbusch-Büderich, „Moerser Straße / Kanzlei / Blumenstraße“ einschließlich der Begründung für die öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ausschussvorsitzender Ratsherr Damblon berichtet von den Beratungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

- 8 Bebauungsplan Nr. 309, Meerbusch-Langst-Kierst, "Schützenstraße / Langster Straße"**
1. Änderung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. §13a BauGB
2. Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB
Vorlage: FB4/0907/2019

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

- 9 Einführung einer Baumschutzsatzung**
Vorlage: SB11/0915/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die als Anlage dieser Niederschrift beigefügte Satzung zum Schutz von Bäumen im Stadtgebiet.

Abstimmungsergebnis:

Nach Erläuterung des Abstimmungsverfahrens durch die Bürgermeisterin erfolgt eine geheime Abstimmung mit folgendem Ergebnis:

Mit „ Ja “ stimmten:	27 Ratsmitglieder
Mit „ Nein “ stimmten:	24 Ratsmitglieder
Mit „ Enthaltung “ stimmten:	0 Ratsmitglieder

Ratsherr Leo Jürgens berichtet von den Beratungen des Bau- und Umweltausschusses, der mehrheitlich dem Rat die Verabschiedung einer Baumschutzsatzung empfohlen habe. . Ratsherr Damblon erklärt, dass der Erhalt von Bäumen auch für die CDU wichtig sei, seine Fraktion halte eine Baumschutzsatzung weder für das richtige Instrument noch für erforderlich. Meerbusch verfüge über einen stetig steigenden Baumbestand, weil die Bürgerinnen und Bürger in einer grünen Stadt leben wollten. Alleine die Ankündigung einer Baumschutzsatzung berge das Risiko, dass Bäume gefällt würden, weil die mit der Satzung verbundenen bürokratischen Aufwände gefürchtet würden. In vielen Städten, u.a. in der grünen Stadt Münster, seien bestehende Satzungen wieder aufgehoben worden.

Ratsherr Rettig widerspricht und erklärt, es gäbe keine Erkenntnisse über die Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume in Meerbusch. Die Nachbarstädte hätten eine solche Satzung und die Erfahrungen hiermit werden als positiv geschildert. Leider würde die Satzung des Grundsatz „Bauen geht vor Baumschutz“ nicht ändern.

Ratsherr Peters erklärt, dass man der Auffassung der CDU-Fraktion, dass eine Baumschutzsatzung dem Schutzzweck zuwiderlaufen würde, nicht folgen könne. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt aus, dass das Freiraumkonzept verdeutliche, dass 80% des Meerbuscher Baumbestandes in privaten Gärten wäre. Alleine deshalb sei es wichtig, diesen Bestand durch eine Baumschutzsatzung zu schützen.

Ratsfrau Glasmacher erklärt, dass Bäume Heimat seien und zur Wahrung der Ortsbilder geschützt werden müssten. Die Region sei zudem ein waldarmes Gebiet in dem Bäume besonders schützenswert seien, zudem sei auch an nachfolgende Generationen zu denken.

Ratsherr Damblon erwidert, dass man in der Zielrichtung, wie auch schon von ihm eingangs ausgeführt, einig sei. Hier werde jedoch in die Rechte von Anwohnern und Eigentümern eingegriffen. Er beantragt Sitzungsunterbrechung um sich innerhalb der Fraktion nochmals zu beraten. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage unterbricht die Sitzung. Nach Wiedereröffnung beantragt Ratsherr Damblon geheime Abstimmung.

Abstimmungsergebnis (geheime Abstimmung)

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22		
SPD		10	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG		4	
Die Linke / Piraten		2	
Bürgermeisterin			1
Gesamt	22	28	1

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stellt fest, dass das für eine geheime Abstimmung notwendige Quorum erreicht ist und lässt anschließend geheim abstimmen.

10 Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31.12.2016
Vorlage: RPA/0904/2019

1. Der Rat bestätigt den vom Stadtkämmerer am 27.08.2018 aufgestellten und von der Bürgermeisterin am 31.08.2018 bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses zum 31.12.2016 gemäß § 116 Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW.

Der Gesamtabschluss weist folgende Werte aus:

Gesamtbilanzsumme

Aktiva	Passiva
632.852.338,79 €	632.852.338,79 €

Gesamtergebnisrechnung

Gesamterträge	Gesamtaufwendungen	Gesamtergebnis d. lfd. Geschäftstätigkeit	Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	Gesamtjahresfehlbetrag Konzernanteil
188.441.237,85 €	190.644.797,17 €	-2.203.559,32 €	-1.032.946,51 €	-3.236.505,83 €

2. Der Rat der Stadt Meerbusch erteilt der Bürgermeisterin Entlastung.

Abstimmungsergebnis zu 1.:

einstimmig

Abstimmungsergebnis zu 2.:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22		
SPD	10		
FDP			6
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke / Piraten	2		
Bürgermeisterin			
Gesamt	44		6

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übergibt den Vorsitz an den ersten stellvertretenden Bürgermeister Leo Jürgens und nimmt an Beschlussfassung und Abstimmung nicht teil.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Leo Jürgens erteilt dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Ratsherr Becker, das Wort, der über die Vorberatung und die Prüfung des Gesamtabchlusses im Ausschuss berichtet und das festgestellte Ergebnis dem Rat nochmals vorträgt.

Sodann lässt erster stellvertretender Bürgermeister Leo Jürgens über den zweiteiligen Beschlussvorschlag abstimmen und übergibt nach Ergebnisfeststellung die Sitzungsleitung wieder an Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage bedankt sich bei den Fraktionen der CDU, der SPD, von Bündnis 90 / Die Grünen, der UWG und der Fraktion Die Linke und Piraten für das zustimmende Votum.

11 Errichtung einer Feuer- und Rettungswache; hier: Planungsbeschluss **Vorlage: SIM/0917/2019**

1. Der Rat anerkennt grundsätzlich die Notwendigkeit zum Neubau einer Feuer- und Rettungswache.
2. Der Rat beauftragt, die Verwaltung, unter Einschaltung eines auf den Bau von Feuerwehren spezialisierten Planungsbüros, gemeinsam mit der Wehrleitung ein Raumprogramm als Grundlage eines Architektenwettbewerbs für einen wirtschaftlichen Neubau einer Feuer- und Rettungswache zu erarbeiten.
3. Zur Abschätzung des Finanzbedarfs ist auf Basis des Raumprogramms eine erste Kostenprognose zu erarbeiten.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Standortuntersuchung für den zukünftigen Verbleib des Löschzuges Osterath zu erarbeiten. Hierbei ist zu prüfen, welche Synergien ein gemeinsamer Standort von Hauptwache und Gerätehaus für den Löschzug Osterath erbringen würde.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	22		
SPD	10		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	4		
Die Linke / Piraten	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	45	6	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet dem Rat von den Vorberatungen im Sonderausschuss „Zukunft der Feuerwehr“. Die grundsätzliche Notwendigkeit baulicher Lösungen für die Haupt- und Rettungswache sei im Ausschuss anerkannt worden, allerdings habe die Verwaltung noch Prüfaufträge erhalten, so dass eine Standortentscheidung nicht getroffen worden sei. Ratsherr Peters ergänzt, man sei im Ausschuss übereingekommen, dass auch ein gemeinsamer Standort für Hauptwache und Gerätehaus Osterath hinsichtlich von Synergien untersucht werden solle und die investiven Aufwendungen unterschiedlicher Varianten dargestellt werden müssten. Ratsherr Rettig erklärt, dass seine Fraktion der Beschlussempfehlung nicht folgen könne, da die Argumentation für den Standort Strümp nicht schlüssig sei und Alternativen nicht ausreichend untersucht worden seien.

12 Stellungnahme zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt von Staatszuweisungen der Stadt Meerbusch im Jahr 2018
Vorlage: FB3/0310/2019

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Informationsvorlage. Ratsherr Müller stellt einige Fragen Bericht der GPA an Herrn Ersten Beigeordneten Maatz, die in der Sitzung nicht beantwortet werden können. Insofern soll die Problematik in der nächsten Sitzung des ASchSp aufgerufen werden.

Der Rat der Stadt nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis und ist mit dem dort vorgeschlagenen weiteren Verfahren einverstanden.

13 Investive Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO bzw. gleichlautend § 22 KomHVO von Haushaltsjahr 2018 nach 2019
Vorlage: SFI/0312/2019

Der Rat nimmt die Liste der investiven Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO NRW von Haushaltsjahr 2018 nach Haushaltsjahr 2019 zur Kenntnis.

14 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, Auszahlungen, VE sowie Haushaltsvorgriffe des Haushaltsjahres 2018 und Nachtrag für 2017
Vorlage: SFI/0313/2019

Der Rat nimmt die Information zur Kenntnis.

15 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/0926/2019

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert und verweist auf die dem Rat vorliegende Beschlussvorlage.

16 Aufstellung der Nebentätigkeiten der Bürgermeisterin
Vorlage: BM/0311/2019

Der Rat nimmt die Information zur Kenntnis.

17 Anträge

17.1 Antrag auf Ausschussumbesetzung CDU
Vorlage: BM/0256/2019

Beschluss:

<u>Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss</u>	Setze	streiche
Vertreter 5		Helga Hermanns
Vertreter 4	Markus Frank	
Der bisherige Vertreter 4 wird Vertreter 5.		
<u>Sozialausschuss</u>		
Ordentliches Mitglied	Markus Frank	Helga Hermanns
Vertreter 3		Markus Frank
Die bisherigen Vertreter 4 und 5 werden zu Vertreter 3 und 4.		
Vertreter 5	Berna Giousouf	
<u>Rechnungsprüfungsausschuss</u>		
Vertreter 4		Helga Hermanns
Vertreter 3	Markus Frank	
Die bisherige Vertreter 3 wird Vertreter 4.		
<u>Ausschuss für Planung und Liegenschaften</u>		
Vertreter 3		Stephan Massing
Vertreter 12		Helga Hermanns
Die bisherigen Vertreter 4 bis 10 werden zu Vertreter 3 bis 9		
Vertreter 10	Markus Frank	
Der bisherige Vertreter 11 wird zu Vertreter 12. Die bisherigen Vertreter 13 bis 23 werden zu Vertreter 12 bis 22.		
<u>Bau- und Umweltausschuss</u>		
Vertreter 4		Stephan Massing
Der bisherige Vertreter 5 wird Vertreter 4		
Vertreter 5	Maximillian Buchwald-Podder	
Vertreter 10		Helga Hermanns
Vertreter 9	Markus Frank	
Der bisherige Vertreter 9 wird Vertreter 10.		
<u>Kulturausschuss</u>		
Vertreter 11		Helga Hermanns
Vertreter 10	Markus Frank	
Der bisherige Vertreter 10 wird zu Vertreter 11.		

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion.

17.2 Antrag auf Ausschussumbesetzung FDP
Vorlage: BM/0257/2019

Beschluss:

<u>Ausschuss für Planung und Liegenschaften</u>	Setze	streiche
		Frederic Jahns
<u>Kulturausschuss</u>		
		Frederic Jahns
<u>Bau- und Umweltausschuss</u>		
		Frederic Jahns

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion.

18 Anfragen

Anträge liegen nicht vor.

19 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht zur Kenntnis.

19.1 Resolution zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen nach § 8 KAG NRW

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage teilt mit, dass Frau Ministerin Scharrenbach zu der in der letzten Sitzung des Rates beschlossenen Resolution mit Schreiben vom 21. März 2019 Stellung genommen habe. Sie habe darin ausgeführt, dass die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP beabsichtigten, die Straßenausbaubeiträge bürgerfreundlich zu gestalten und dabei auch eine Regelung aufnehmen wolle, für Menschen mit kleinem Einkommen eine verträgliche Lösung zu finden. Des Weiteren sollen sich die Beiträge in angemessenem Rahmen zum tatsächlichen Sondervorteil bewegen. In ihrer Stellungnahme habe die Ministerin zum Ausdruck gebracht, zu einer für Bürgerinnen und Bürger verbesserten Regelung zu kommen, nicht aber zur Abschaffung der Gebühren und Übernahme der Ausbaukosten kommunaler Straßen durch das Land.

19.2 Nördlicher Konverter des Ultranet; Auswirkungen des Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert, der Bundestag habe in der vergangenen Woche das Netzausbaubeschleunigungsgesetz beschlossen. Eine Änderung betreffe den zukünftigen Verzicht auf Bundesfachplanung zur Festlegung von Trassenkorridoren der Leitung sowie ein Widerspruchsrecht zu den Zielen der Raumordnung durch die BNA. Für das laufende Verfahren der Bundesfachplanung zur Festlegung des Trassenkorridors beim Ultranet sei nach Auskunft von Herrn Abteilungsleiter Otte, BNA, eine Formulierung in das Gesetz aufgenommen, nachdem hierfür kein Verzicht auf Bundesfachplanung vorgesehen sei. Genauso wenig sei ein Widerspruchsrecht gegen Festsetzungen des Regionalplanes für bereits laufende Verfahren vorgesehen.

In der Sache sei Amprion aufgefordert worden, zu ihrem Antrag auf Bundesfachplanung ergänzende Unterlagen beizubringen. Je nach Zeitpunkt der Vorlage und erfolgter Prüfung durch die BNA werde die öffentliche Auslegung (6 Wochen) im Juni beginnen oder erst zum Ende der Sommerferien.

19.3 Reduzierung von Fluglärm durch lärmminderndes Abflugverfahren

Am 26. November 2018 habe die Fluglärmkommission (FLK), so berichtet Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, einstimmig beschlossen, aus Lärmschutzgründen eine Eintragung ins Luftfahrthandbuch vorzunehmen, nach der für Abflüge das Startverfahren NADP 1 mit Steigung bis zur Höhe von 3.000 ft und Rücknahme des Startschubs in Höhe von 1.500 ft anzuwenden ist. In der letzten Sitzung der FLK sei die DFS erst auf ausdrückliche Nachfrage bereit gewesen, eine Auskunft zur Umsetzung zu geben. Diese sei dann mehr als überraschend gewesen. In Hamburg habe man die auch von der Düsseldorfer FLK beschlossene Änderung im Lufthandbuch vorgenommen und im Versuch der praktischen Umsetzung festgestellt, dass es dadurch zu reduzierten Abständen von startenden Maschinen komme, da das beantragte Verfahren ja auf schnellen Höhengewinn und nicht auf Geschwindigkeit setze. Die DFS sehe insofern ein Sicherheitsrisiko und prüfe derzeit, ob der Beschluss überhaupt umgesetzt werden könne. Angesichts der Tatsache, dass die Diskussion zur Abschaffung des Flachstartverfahrens seit mehr als 2 Jahren in Anwesenheit der DFS diskutiert worden sei, fühle man sich wenig ernstgenommen.

Ratsherr Quass erklärt, dass die Ausführungen unlogisch seien.

Ratsfrau Glasmacher zeigt sich erstaunt. Das Abflugverfahren sei seit 2014 gängige Praxis. Zudem sei es unverständlich, dass Laudamotion nunmehr der Status eines Homebase-Carriers für den Flughafen Düsseldorf zuerkannt worden sei, was dazu führe, dass von dieser Gesellschaft 30% aller Landungen nach 23 Uhr erfolge. Sie schlage vor, Herrn Minister Wüst nochmals zu kontaktieren.

Ratsherr Welsch bestätigt die Ausführungen der Deutschen Flugsicherung, da anhand mathematischer Formeln berechnet werden könne, dass eine geringere Abfluggeschwindigkeit beim Steilstartverfahren bei gleichbleibendem Startintervall zu geringeren Abständen zwischen den startenden Maschinen führe. Die Ausführungen hinsichtlich der Sicherheitsbedenken seien mathematisch daher sehr wohl nachvollziehbar.

19.4 Terminliche Verlegung der gemeinsamen Sitzung von Ha-Fa und APL

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, in der letzten gemeinsamen Sitzung von APL und HFWA für den 8.05.2019 das Thema Einzelhandelskonzept vorgesehen zu haben. Die Verwaltung werte derzeit die Daten der Bevölkerungsprognosen bei Realisierung der beschlossenen Baugebiete und das Erfordernis zur Schaffung zusätzlicher Infrastruktur zunächst betreffend den Kitabereich und

die Grund- und weiterführenden Schulen aus. Die Ergebnisse, die auch Einfluss auf den Haushalt 2020 ff hätten, sollten ebenfalls zunächst in den beiden genannten Ausschüssen dargestellt werden. Hierfür werde aber noch Zeit benötigt, so dass eine Sitzungsterminierung voraussichtlich erst für den 18.06.2019 erfolge.

19.5 Eisenbahnunterführung -Bahnhof Osterath

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die am Bauvorhaben Beteiligten, Deutsche Bahn AG, Straßen NRW und Stadt Meerbusch nunmehr ein Computer-Animationsmodell der Eisenbahnunterführung abgestimmt hätten, welches am 24. oder 25. Juni diesen Jahres in der Grundschule Wienenweg der Bevölkerung vorgestellt werden soll.

20 Termin der nächsten Sitzung: 27. Juni 2019

21 Verschiedenes

21.1 Werbung der SWK

Ratsherr Focken weist daraufhin, dass die Stadtwerke Krefeld im Stadtteil Osterath mit dem Slogan „Günstige Energie – Guter Service“ um Stromkunden in Meerbusch werbe. Er weise daraufhin, dass es beides nur bei den eigenen Stadtwerke gebe. Die Verwaltung teilt mit, dass die Stadtwerke Meerbusch über die Werbeaktion informiert sei.

Meerbusch, den 24. April 2019

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
Schriftführer